

Bericht von der Ratssitzung am 16.11.2020

AfD verhindert – mehr Ausschusssitze errungen – wichtige sozialpolitische Gremien besetzt – Ausschussvorsitz erhalten

Ausschusssitze:

Im ersten Teil der über neunstündigen Ratssitzung wurden die Mitglieder der Fraktionen in die einzelnen Ausschüsse gewählt.

Durch eine intensive, akribische Vorbereitung und viele Gespräche und Verhandlungen der Fraktionsspitze im Vorfeld der Ratssitzung ist es gelungen, dass DIE LINKE in fast allen großen Ausschüssen mit zwei Mitgliedern vertreten ist.

Wir konnten Ratsherrn Eidens von DIE PARTEI dazu gewinnen unseren Vorschlägen für die Ausschussbesetzung zuzustimmen, weshalb wir nun gestärkt in die kommenden fünf Jahre Kommunalpolitik blicken können.

Einzig im Schulausschuss sind wir nur mit einer Genossin vertreten. Hier hat die AfD überraschenderweise eine Stimme an die HO-Gruppe (Rh Hagenbuck und Rh Önder) gegeben. Diese war somit gewählt und wir haben nur ein Mitglied entsenden können. Ratsherr Hagenbuck hat sein Mandat allerdings unmittelbar wieder abgegeben, da er nicht durch die Stimmen von der AfD gewählt werden wollte. Dieser Platz bleibt nun vorerst unbesetzt und das Rechtsamt muss entscheiden, wie weiter verfahren wird.

Ratsherr Hagenbuck hat dann alle seine Wahlvorschläge für die verbleibenden Ausschüsse zurückgezogen, sodass die AfD uns durch einen Stimmenverleih an die HO-Gruppe nicht weiter schwächen konnte.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass wir die Anzahl der Plätze in den Ausschüssen von 21 auf 28 erhöhen konnten. Noch nicht mit eingerechnet sind hierbei die sachkundigen Einwohner*innen, die erst zu einem späteren Zeitpunkt gewählt werden und bei denen wir ebenfalls einige weitere Plätze erlangen dürften. Schon jetzt ist der Kreis der Mitglieder unserer Gesamtfraktion so groß wie in der vergangenen Wahlperiode und wird in Zukunft noch weiter wachsen.

Dies ist bei einem Stimmverlust von 1 % bei der Kommunalwahl ein außerordentlich gutes Ergebnis.

Ausschussvorsitz:

Bei den Ausschussvorsitzen hat DIE LINKE ebenfalls einen historischen Erfolg zu verbuchen. Zum ersten Mal wird ein Ausschuss in Duisburg von einem Mitglieder der Linken geleiten. Neuer Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses ist Erkan Kocalar. Außerdem stellen wir mit Martina Ammann-Hilberath auch noch die stellvertretende Ausschussvorsitzende im Gleichstellungsausschuss.

Fälschlicherweise wurde in den Medien verbreitet, dass SPD, CDU und Grüne den Zugriff der AfD auf Ausschussvorsitze beschränkt hätten. Das ist falsch! So oder so hätte der AfD ein Ausschussvorsitz zugestanden. Dadurch, dass sowohl FDP, Junges Duisburg als auch wir uns einem gemeinsamen Antrag zur Vergabe der Ausschussvorsitze angeschlossen haben, konnte das Zugriffsrecht der AfD weiter nach hinten verschoben werden.

Gremienbesetzung:

Einen der wichtigsten Erfolge konnten wir bei der Gremienbesetzung erringen: Aufgrund der gemeinsamen Beratung unserer Fraktionsspitze mit FDP und Junges Duisburg ist es uns gelungen in vielen Aufsichtsräten oder weiteren Gremien die AfD rauszuhalten!

Nur durch die gute Vorbereitung der Sitzung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit FDP und JuDU ist es gelungen, die AfD oftmals zu verhindern.

Auch die HO-Gruppe (Hagenbuck und Önder) sowie Matthias Eidens (DIE PARTEI) haben den Vorschlägen von FDP, JuDu und uns zugestimmt und somit einen wichtigen Beitrag zur Verhinderung der AfD beigetragen.

Als Beispiel sei hier der LVR genannt: Durch die gemeinsame Liste wurde Martina direkt gewählt und die Liste der AfD ist leer ausgegangen und sie werden keine Person aus Duisburg in den LVR entsenden können!

Auch in weiteren sozial- und gesellschaftspolitischen Gremien wie dem Aufsichtsrat der Werkstatt für Menschen mit Behinderung, dem Seniorenbeirat, dem Integrationsrat sowie dem Polizeibeirat ist DIE LINKE vertreten.

Übertragung der Entscheidungskompetenzen vom Rat auf den HFA:

In der Ratssitzung wurde durch die Mehrheit der Ratsmitglieder die Übertragung der Entscheidungskompetenzen vom Rat auf den Haupt- und Finanzausschuss beschlossen.

Wir sehen das äußerst kritisch und haben gegen diesen Beschluss gestimmt.

Wir warnen vor einer zunehmenden Aushöhlung der Demokratie, wenn politische Entscheidungsprozesse über Monate nicht mehr in den dafür vorgesehenen Gremien stattfinden können.

Gerade in schwierigen Zeiten wie jetzt, ist es wichtig, funktionierende demokratisch legitimierte Gremien zu haben, die den Wählerwillen widerspiegeln.